Vaussen, J., Schiffscapitain, 19c
 — J. J. Privatier, 24
Veber Wm., Handarbeiterin, 2b
Vercken, F., Schiffscapitain, 28b
Vlaas, A., privat, 24
Vopp, G., Privatier, 10a
 — G. Hans Sohn, Loothe, 10a
 — J. Wm. Hüferei, 7
 — W. Wm. 11a
v. Reide, J. Wm., Arbeitsfrau, 2a, S.
v. d. Reit, J., Patentloote, 2b
Ritter, G., Pastor, Sommerwohng. 14b
Rode, G., Agent, 2a
Rohrs, Joh. Wm., 21 b
Salt, P., Omnibusconductor, 2a, S.
Rud., Telegrafist, 1b
Schag, D. Wm., privat, 39 d
 — Hinr. Loothe, 31 b
 — G. Jun. Loothe, 35 b
Schlängen, G. F., Arbeitsmann, 25a, S.

Schult, Reimer Wm., privat, 32a
Schult, J. G., Schmiedemeister, 48
Schwartz, M., Ruther, 40 b
Schwann, J., Loothe, 20
 — J. Patentloote, 12a
 — J. L. Loothe, 39 c
 — J. F. D. Wm., privat, 12 b
Siem, G., Hoppe's Nachf., Gastwirthschaft und
 Badefarren, 2a
Siemers, Ed., Kaufmann, Sommerwohng. 13b
Siemens, John, Loothe, 12 c
 — J. W. Privatier, 38a
 — W. jr., Loothe, 24
Sinn, Charles, Loothe, 25
Somm, J. J., Schaluppenbauer, Bogt, 6a
Stahl, G. W., Arbeitsmann, 10 c
Steffens, J. G. L., Schiffscapitain, 31 d
Stoppel, R. & M. Gesch., Sommerwohngung 11a
Tapp, G., Gärtner, 50a
Temme, Ph. F. L., Fabrikant, 15a

Timm, J. G., Klemmer u. Schieferdecker, 25 d
Trautmann, H., Lehrer 38 b
Trosch, T. G., Sommerwohngung, 26
Walschen, G., Kaufmann, 24
Welaug, G., Schiffschmid, 44c
Werkheimer, R., Comtoisist, 45 d
Wigmann, W., Sommerwohngung 5 b
Weinlauff, W. sen., privat, Sommerwohng. 41 d
Wiese, G. H. Wm., privat, 32b
Wigmann, W. J. Wm., 25b
Witt, G., Loothe, 2a
 — Hinr., Boll-Loothe, 29 a
Witt, G. L., 40a
Wolff, D. Wm., privat, 18 b
 — Dietrich jr. Wm., 19 b
 — Hinr. Wm., privat, 17 a
 — Hinrich jr., Loothe, 17a
 — Joh. Loothe, 31 b
 — Joh. Loothe, 17 b
 — J. G., Loothe, 31 c

Sonstige gemeinnützige Mittheilungen.

Das Altonaische Adreßbuch erscheint seit dem Jahre 1802 jährlich einmal und wird mit dem Hamburgischen zusammen, gewöhnlich einige Tage vor dem Weihnachtseste, ausgegeben. Sein Begründer war der weill. Pastor Niemann. Vor jener Zeit (1802) druckte der Herausgeber des Hamburgischen Adreßbuchs, Herrmann, die nöthwendigsten Altonaer Adressen keinem Buche bei. Die Aufnahme in's Adreßbuch bringt für Einzelne und Fremde, namentlich für Handel- und Gewerbetreibende aller Art einen wesentlichen Nutzen; das Adreßbuch erleichtert und sichert den Verkehr, keine Unvorsichtigkeit trägt mit der Verzögerung und Geschäftsunsicherung unterm Stadte. Die Verleger können daher die Einwohner Altona's nicht dringend genug bitten, ihre Adressen im Adreßbuch nachzuschlagen, Unrichtigkeiten und bezw. Wohnungs-Veränderungen möglichst schriftlich denselben zu lassen.

Die Aufnahme in's Adreßbuch geschieht durchaus unentgeltlich. Die Einforderung der Adressen für das Jahr 1880 geschieht in den Monaten Juli, August, September und werden die betreffenden Straßen einen Tag vorher in den Altonaer Nachrichten angezeigt. Denjenigen Einwohnern, welche etwa über die neue Wohnung alsdann noch keine Auskunft dem Angefallenen des Adreßbuchs zu geben vermögen, oder etwa abwesend sind, hinterläßt der bezogene Umhänger einen Adreßzettel zum Ausfüllen, der nicht abgeholt wird, sondern bis spätestens Ende October an das Verlags-Comtoir, Breitestraße 76, ausgefüllt portofrei zurückzulenden ist. Geht solches nicht, so fällt der betreffende Name nicht nur im Straßenverzeichnis, sondern vorne und im Gewerbezettel vollständig aus. Wir machen auf diesen Umstand besonders aufmerksam und empfehlen in Fällen des vergesslichen Zuhens nach Einwohnern die Mitbenutzung des vorhergehenden Jahrganges. Da es den Verlegern schon häufig vorgekommen daß, weil ein alter Jahrgang irrtümlich benutzt wurde, angelegliche Unrichtigkeiten den Herausgebern zur Last gelegt wurden, so trägt jede Seite die Jahreszahl desjenigen Jahres, für welches das Buch bearbeitet werden ist; auch die Durchsicht der "Veripäten Adressen" ist zu empfehlen. Der Preis des Adreßbuchs ist ungebunden 2 M. 70 S., gebunden in Pappe 3 M. 30 S., in Galico 3 M. 60 S. Das Hamburger mit dem Altonaer zusammen kostet gebunden in Leinen 10 M. 50 S., ungebunden ohne Altonaer 5 M. 10 S. Stets an den Wochentagen von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 Uhr Breitestraße 76, zu haben.

Anmeldung beim Wohnungswechsel. Polizei-Verordnung für die Stadt Altona, d. d. 23. März 1877. Auf Grund des § 5 der Verordnung vom 20. September 1867 wird nach Berathung mit den städtischen Collegien von Altona und mit Genehmigung der königlichen Regierung zu Schleswig für das Gebiet der Stadt Altona verordnet wie folgt:

§ 1. Jeder Wohnungswechsel innerhalb der Stadt ist auf dem Polizeiamt anzuzeigen, welches über die beschaffte Anmeldung eine Bescheinigung kostenfrei ausstellt.

§ 2. Haushaltungsvorstände, Dienstherrschaften, Meister und Arbeitgeber, Vermiether von Zimmern und Schlafstellen haben darauf zu halten, daß die Anzeige bezüglich ihrer Haushalten und Miether pünktlich erfolge, und sind verpflichtet, dieselbe nöthigenfalls selbst zu bewirken.

§ 3. Die oben vorgeschriebene Anzeige ist spätestens innerhalb 10 Tagen nach eingetretener Wohnungswechsel zu bewirken.

§ 4. Uebertretungen werden mit einer Geldbuße bis zu 30 M. oder Haft bis zu 7 Tagen bestraft.

§ 5. Die Vorschriften der Polizeiverordnung der königlichen Regierung zu Schleswig vom 5. August 1872, betreffend die Meldung ab- und anziehender Personen, bleiben von den obigen Bestimmungen unberührt.

Ortsstatut für die Stadt Altona, betreffend gewerbliche Hilfskassen. Auf Grund des § 142 der Gewerbeordnung und des Gesetzes vom 5. April 1876, betreffend Änderungen des Titels VIII der Gewerbeordnung, wird nach Anhörung beihelligter Gewerbetreibender für die Stadt Altona nachfolgendes festgesetzt.

§ 1. Alle im Bezirke der Stadt Altona wohnhaften oder beschäftigten Gesellen, Gehälfen und Fabrikarbeiter beiderlei Geschlechts, welche das 16. Lebensjahr zurückgelegt haben, sind verpflichtet, demjenigen eingetragenen Hilfskassen beizutreten und so lange sie im Stadtbezirke wohnhaft oder beschäftigt sind, anzugehören, welche für die einzelnen Klassen von Arbeitern von der Gemeindebehörde nach Anhörung der Beihelligten bestimmt oder errichtet werden.

Beitrittspflichtig sind nicht nur die in der Betriebsstätte beschäftigten Arbeiter, sondern auch diejenigen, welche außerhalb der Betriebsstätte mit eigenen oder fremden Werkzeugen, mit oder ohne Verwendung von Zuthaten, die ihnen von Fabrikanten oder Handwerksmeistern gegebenen Rohstoffe oder Halbfabrikate zur Herstellung von Waaren für das Geschäft derselben gegen Bezahlung verarbeiten.

Wer dieser Verpflichtung nicht genügt, kann von der Casse, welcher er nach der von der Gemeindebehörde getroffenen Bestimmung angehören müßte für alle Zahlungen, welche beim rechtzeitigen Eintritt von ihm zu entrichten gewesen wären, gleich einem Mitgliede in Anspruch genommen werden.

§ 2. Von der im § 1 ausgesprochenen Verpflichtung sind diejenigen befreit, welche nachweisen, daß sie einer andern eingetragenen Hilfskasse, oder einer auf Grund dergestaltiger Vorschriften gebildeten Hilfskasse oder einer nach Art. 2 des Gesetzes vom 5. April 1876 den eingetragenen Hilfskassen gleich zu achtenden Hilfskasse als Mitglieder angehören.

§ 3. Die auf Grund des § 1 Abs. 1 von der Gemeindebehörde getroffenen Bestimmungen sind in der für Altona üblichen Weise bekannt zu machen.

§ 4. Arbeitgeber haben ihre Gesellen, Gehälfen und Arbeiter, welche der im § 1 ausgesprochenen Verpflichtung unterliegen, soweit sie zur Zeit der Veröffentlichung der von der Gemeindebehörde getroffenen Bestimmung (§ 3) bei ihnen in Arbeit stehen, binnen 3 Tagen nach dieser Veröffentlichung bei der Gemeindebehörde, soweit sie später bei ihnen in Arbeit treten, binnen 3 Tagen nach dem Antritt der Arbeit, bei dem Casse-Vorstande anzumelden. Arbeitgeber, welche dieser Pflicht nicht genügen, können von der Casse für alle Zahlungen, welche bei rechzeitigem Eintritt von den nicht angemeldeten Arbeitern zu entrichten gewesen wären, gleich einem Mitgliede in Anspruch genommen werden.

§ 5. Die Arbeitgeber sind verpflichtet die Beiträge, welche ihre Gesellen, Gehälfen und Arbeiter an die nach Maßgabe des § 1 für sie bestimmte Hilfskasse zu entrichten haben, soweit sie während der Arbeit bei ihnen fällig werden, bis auf die Hälfte des verdienten Lohnes vorzuschießen. Den Arbeitgebern steht das Recht zu, die vorgeschriebenen Beiträge bei der dem Fälligkeitslage zunächst vorausgehenden oder bei einer diesem Tage nachfolgenden Lohnzahlung in Anrechnung zu bringen.

§ 6. Rückständige Zahlungen, welche von Arbeitgebern und Arbeitern auf Grund der ihnen nach Maßgabe dieses Statuts obliegenden Verpflichtungen zu leisten sind, werden im Verwaltungswege, unter Vorbehalt richtiger Entscheidung, eingezogen.

Vorliegendes Ortsstatut wird auf Grund des § 142 der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 hierdurch genehmigt. Schleswig, den 30. November 1878. Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Beurkundung des Personenstandes und die Form der Ehehlichung.
Auszug aus dem Gesetz vom 6. Februar 1875.

Geburtsanzeigen:

§ 17. Jede Geburt eines Kindes ist innerhalb einer Woche dem Standesbeamten des Bezirks, in welchem die Niederkunft stattgefunden hat, anzuzeigen.

§ 18. Zur Anzeige sind verpflichtet:

- 1. der eheliche Vater; 2. die bei der Niederkunft zugegen gewesene Hebamme; 3. der dabei zugegen gewesene Arzt; 4. jede andere dabei zugegen gewesene Person; 5. die Mutter, sobald sie dazu im Stande ist.

Jedoch tritt die Verpflichtung der in der vorhergehenden Reihenfolge später genannten Personen nur dann ein, wenn ein früher genannter Verpflichteter nicht vorhanden oder derselbe an der Erstattung der Anzeige verhindert ist.

§ 19. Die Anzeige ist mündlich von dem Verpflichteten selbst, oder durch eine andere aus eigener Wissenschaft unterrichtete Person zu machen (d. h. der Anmeldeende muß sich persönlich von dem Thatbestand überzeugen haben).

§ 20. Bei Geburten, welche sich in öffentlichen Anstalten (Entbindungshäusern, Krankenhäusern, Gefängnissen u. s. w.) ereignen, trifft die Verpflichtung zur Anzeige ausschließlich den Vorsteher der Anstalt, oder den von der zuständigen Behörde ermächtigten Beamten. Es genügt eine schriftliche Anzeige in amtlicher Form.

§ 21. Die Eintragung des Geburtsfalles soll enthalten:

- 1. Vor- und Familiennamen, Stand oder Gewerbe und Wohnort des Anmeldeenden; 2. Ort, Tag und Stunde der Geburt; 3. das Geschlecht des Kindes; 4. die Vornamen des Kindes; 5. Vor- und Familiennamen, Religion, Stand oder Gewerbe und Wohnort der Eltern.

Standen die Vornamen des Kindes zur Zeit der Anzeige noch nicht fest, so sind dieselben nachträglich und längstens binnen zwei Monaten nach der Geburt anzuzeigen.

§ 22. Wenn ein Kind todtgeboren oder in der Geburt verstorben ist, so muß die Anzeige spätestens am nächstfolgenden Tage geschieden.

§ 23. Wenn ein neugeborenes Kind findet, ist verpflichtet, hiervon spätestens am nächstfolgenden Tage Anzeige bei der Ortspolizeibehörde zu machen.

Todesanzeigen.

§ 24. Jeder Sterbefall ist spätestens am nächstfolgenden Tage dem Standesbeamten des Bezirks, in welchem der Tod erfolgt ist, anzuzeigen.

§ 25. In der Anzeige verpflichtet ist das Familienhaupt, und wenn ein solches nicht vorhanden oder an der Anzeige verhindert ist, derjenige, in dessen Wohnung oder Bekanntschaft der Sterbefall sich ereignet hat.

§ 26. Die §§ 19 und 20 kommen auch in Beziehung auf die Anzeige der Sterbefälle zur Anwendung.

Ehehlichungen.

§ 27. Zur Ehehlichung ist die Einwilligung und die Ehemündigkeit der Ehehlichenden erforderlich. Die Ehemündigkeit des männlichen Geschlechts tritt mit dem vollendeten zwanzigsten Lebensjahre, die des weiblichen Geschlechts mit dem vollendeten sechszehnten Lebensjahre ein. Dispensation ist zulässig.

§ 28. Eheliche Kinder bedürfen zur Ehehlichung, so lange der Sohn das funfzehnjährige, die Tochter das vierundzwanzigjährige Lebensjahr nicht vollendet hat, der Einwilligung des Vaters, nach dem Tode des Vaters der Einwilligung der Mutter und, wenn sie minderjährig sind, auch des Vormundes. Sind beide Eltern verstorben, so bedürfen Minderjährige der Einwilligung des Vormundes. Dem Tode des Vaters oder der Mutter steht es gleich, wenn dieselben zur Abgebung einer Erklärung dauernd außer Stande sind, oder ihr Aufenthalt dauernd unbekannt ist. Eine Einwilligung des Vormundes ist für denjenigen Minderjährigen nicht erforderlich, welche nach Landesrecht einer Vormundschaft nicht unterliegen. Inwiefern die Wirksamkeit einer Vormundschaftsbehörde oder eines Familienrathes stattfindet, bestimmt sich nach Landesrecht.

§ 29. Auf uneheliche Kinder finden die im vorhergehenden Paragraphen für vaterlose eheliche Kinder gegebenen Bestimmungen Anwendung.

§ 30. Bei angenommenen Kindern tritt an Stelle des Vaters (§ 29) derjenige, welcher an Kindesstatt angenommen hat. Diese Bestimmung findet in benannten Fällen des Bundesgebietes keine Anwendung, in welchen durch eine Annahme an Kindesstatt die Rechte der väterlichen Gewalt nicht begründet werden können.

§ 31. Im Falle der Veräußerung der Einwilligung zur Ehehlichung steht großjährigen Kindern die Klage auf richterliche Ergänzung zu.

§ 32. Die Ehe ist verboten: 1. zwischen Verwandten in auf- und absteigender Linie, 2. zwischen voll- und halbblütigen Geschwistern, 3. zwischen Stiefeltern und Stiefkindern, Schwiegereltern und Schwiegerkindern jeden Grades, ohne Unterschied, ob das Verwandtschafts- oder Schwägerchaftsverhältnis auf ehelicher oder außerehelicher Geburt beruht und ob die Ehe, durch welche die Stief- oder Schwiegerverbindung begründet wird, noch besteht oder nicht, 4. zwischen Personen, deren eine die andere an Kindesstatt angenommen hat, so lange dieses Rechtsverhältnis besteht, 5. zwischen einem wegen Ehebruchs Geschiedenen und seinem Mithilfsuligen. Im Falle der No. 5 ist Dispensation zulässig.

§ 33. Niemand darf eine neue Ehe schließen, bevor seine frühere Ehe aufgelöst, für ungültig oder für nichtig erklärt ist.

§ 34. Frauen dürfen erst nach Ablauf des zehnten Monats seit Beendigung der früheren Ehe eine weitere Ehe schließen. Dispensation ist zulässig.

§ 35. Einseitlich der rechtlichen Folgen einer gegen die Bestimmungen der §§ 28 bis 35 geschlossenen Ehe sind die Vorschriften des Landesrechts maßgebend. Dasselbe gilt von dem Einflusse des Zwangs, Irrthums und Betrugs auf die Gültigkeit der Ehe.

§ 36. Die Ehehlichung eines Pflegebefohlenen mit seinem Vormund oder dessen Kindern ist während der Dauer der Vormundschaft unzulässig.

Ist die Ehe gleichwohl geschlossen, so kann dieselbe als ungültig nicht angefochten werden.

§ 37. Die Vorschriften, welche die Ehe der Militärpersonen, der Landesbeamten und der Ausländer von einer Erlaubnis abhängig machen, werden nicht berührt. Auf die Rechtmäßigkeit der Ehe ist der Mangel dieser Erlaubnis ohne Einfluß. Ein gleiches gilt von den Vorschriften, welche bei der Ehehlichung eine Nachweisung, Auseinanderlegung oder Sicherstellung des Vermögens erfordern.

§ 38. Alle Vorschriften, welche das Recht zur Ehehlichung weiter beschränken, als es durch dieses Gesetz geschieht, werden aufgehoben.

§ 39. Die Befugnis zur Dispensation von Ehehlichungen liegt nur dem Staate zu. Ueber die Ausführungen dieser Befugnis haben die Landesregierungen zu bestimmen.

Gebühren tarif.

I. Gebührenfrei sind die nach §§ 32 und 37 oder zum Zwecke der Taufe oder der Veräußerung erteilten Bescheinigungen.

II. An Gebühren kommen zum Anlaß:

- 1. Für Verlegung der Register zur Eintragsung; und zwar für jeden Jahrgang 1/2 M.
für mehrere Jahrgänge zusammen jedoch höchstens 1 1/2 M.
- 2. Für die schriftliche Ermächtigung nach § 26 und für jeden beglaubigten Auszug aus den Registern mit Einfluß der Schreibgebühren 1/2 M.
Bezieht sich der Auszug auf mehrere Eintragungen und erfordert derselbe das Nachschlagen von mehr als einem Jahrgange der Register, für jeden weiter nachzuschlagenden Jahrgang noch 1/2 M.
jedoch zusammen höchstens 2 M.

Die Anzeigenden haben sich über ihre eigene Person durch glaubhafte Dokumente zu legitimieren und möglichst solche Beweismittel zu erbringen, welche zur Identifizierung der zu registrierenden Person beitragen, und zwar je nach den verschiedenen Fällen Geburtschein, Copulationschein u.

Erläuterungen.

Jeder auf dem Standesamt zur Beschaffung einer Anzeige Erscheinende hat sich dem Gelege gemäß persönlich zu legitimieren, und ist es im Hinblick auf die Wichtigkeit einer richtigen Feststellung des Personenstandes außerlich mündlich zu erklären, daß a) bei Geburtsfällen der Frau oder der Geburtschne der Eltern des Kindes, b) bei Sterbefällen der Geburtschne der verstorbenen Person, sowie, wenn dieselbe verheiratet war, der Geburtschne des letzten Ehegatten und wenn ein Trauschein vorhanden, mit vorgelegt werden. Ferner muß der Anzeigende bei Anmeldung verstorbenen Kinder sowie erwachsener, unverheirateter Personen angeben, an welchen Daten und in welchem Jahre die Eltern des Kindes verheiratet, und falls der Vater oder Mutter nicht mehr am Leben, wann verstorben sind, sowie den Vornamen, Alter, Stand oder Gewerbe und Wohnort der noch vorhandenen Geschwister des verstorbenen Kindes. Bei Anmeldung verheirateter Personen ist anzugeben das Datum der Verheirathung, sollte ein Ehegatte bereits verstorben sein, dessen Sterbedatum, sowie Vornamen, Alter, Stand oder Gewerbe und Wohnort bei der Ehe eines erzeugten Kindes und ob ein Testament vorhanden ist oder nicht, c) bei Anmeldung zur Verheirathung sind folgende Papiere beizubringen: die Geburts- oder Trauscheine für beide Verlobte und die Nachweise über die Erbverhältnisse wie solche in den §§ 28 bis 35 des vorstehenden Gesetzesauszuges vorgezeichnet sind. Die hierüber wohnhaften Eltern oder Vormünder geben ihre Einwilligung auf dem Standesamt persönlich zu Protokoll, die auswärtigen wohnhaften dagegen müssen ihre Einwilligung schriftlich geben und ihre eigenhändige Unterschrift von einem öffentlichen Beamten beglaubigen lassen.

Bau-Polizei-Ordnung für die Stadt Altona vom 1. Februar 1874.

Auszug aus derselben:

§ 4. Zu jeder neuen Straßenanlage ist die Genehmigung der Bau-Commission und, falls die Anlage nicht dem schiefgestellten Straßenplane entspricht, die Genehmigung der städtischen Collegien erforderlich. Zu jedem Neubau, zu jeder anderen Reparatur oder Veränderung einer baulichen Anlage, zu Einrichtungen zu gewerblichen Zwecken im Innern oder bei Veränderungen derselben zur Einrichtung von bisher zu anderen Zwecken benutzten Räumen als Wohnräume, zur Anlage neuer Feuerstellen, zur Veränderung bestehender, zu jeder an der Straße zu errichtenden Einrichtung, zur Anlage von Ueberfahrten über die Trottoirs, zur Anlage der Erneuerung von Kloaken, Dächerstätten und Gruben zur Aufnahme von Schmutzwasser oder thierischen und vegetabilischen Abfällen, ferner zur Veränderung an und in Zugängen in Wohnhäusern, sofern dieselben nicht die im § 22 vorgezeichneten Maße haben, ist die vorgängige Genehmigung der Bau-Polizei-Commission zu erwirken. Ausgenommen hiervon ist nur das Abputzen und Anstreichen der Häuser, die Wiederherstellung schadhaft geordener Thüren und Fenster, sowie von Barriere- und Kellerfensterzugen, insofern dieselben nicht nach der Straße hinaus schlagen, die Anlegung von Thüren und Fenstern in den nicht der Straße oder dem Hofen zugewendeten Wänden, die Anlegung von Dachfenstern, die Reparatur der Dächer und Schornsteine.

§ 11. Etagenweise Mauerwerk müssen an allen Seiten mit der Unterlage mindestens 2 m vom Trottoir entfernt bleiben. Vorstehende Ausgehänge dürfen nur nach Genehmigung der Bau-Polizei-Commission angebracht werden. Ema vorhanden, welche die Passage oder die Beleuchtung behindern, sind zu entfernen. Jeder Hausgegenstand muß es bilden, daß die Straßennamen, die Hausnummer, die Markzeichen der Wasserleitung u., sowie die zur Straßenbeleuchtung erforderlichen Laternen an seinem Eigenthum angebracht werden. Auf Privatgrundstücken stehende Bäume sind auf Verlangen der Bau-Polizei-Commission so zu beschneiden, daß ihre Zweige nicht über die Grundflurlinie auf die Straße hinüberragen.

§ 14. Zur Anwendung kommen die Bestimmungen des Gesetzes vom 6. Februar 1875.

§ 20. Die Höhe mit Gebäuden ist in der Weise zu bestimmen, wie durch die Bestimmungen der Stadtkollegien.

§ 23. Art, Pflanzensorten, Anzahl, Baumarten und vorgekommene Baumarten gem.

§ 25 ad 2 ist der Bau-Polizei-Commission ein Satz Tas abzugeben, muß nach vor heruntergebracht.

§ 147. A mit Befugnis hat eine generel ltschaftlichkeit der eierförmlich in (erförmlich Bed nicht inbegriff, der Betriebsfähigkeit

§ 350. A allgemein anerkt für Andere Befestigung bis zu

§ 367 ad wird bestraf: Gebäude, welche wer Bauten oder oder anderen B oder sonst erfo Baubert, Baum wozu die Polizei mit eigenem Bauplane auf § 368 ad zu vierzehn Ta neue Feuerstätte verlegt; 4) wer seinem Hause i daß die Schornf

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Zugehörig wird l ermittelten Bef der um- und a ganzer Beweise, kommenden Gef eingeln zu den complicirten Ba mende Erhöhung Landesdirectorat

Plastic Covered Document
Document
Soiled Document

§ 14. Zum Anstrich der Gebäude darf blendende Farbe nicht verwendet werden. Giebelwände, welche an Straßen oder größere Plätze greizen, die vorwiegend nicht bebaut werden, dürfen nicht geputzt werden.

§ 20. Die Bebauung der hinter der Baufluchtlinie liegenden Grundstücke mit Gebäuden darf regelmäßig nur bis 3/4 der Grundfläche geschehen. Diese Bestimmung findet auf Hintergebäude keine Anwendung, welche an Stelle früherer Gebäude auf derselben Grundfläche und in nicht größerer Höhe wieder aufgeführt werden. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung der Stadtcollegen.

§ 23. Arbeiten auf öffentlichem Grunde, z. B. Aufbrechen des Straßenpflasters, Ausgraben des Grundes behufs Höhlenlegungen, Aufstellen von Bauplanken und Gerüsten, Einlegung von Baumaterialien, dürfen nur dann vorgenommen werden, wenn vorher eine desfallsige Anzeige beim Stadt-Baumeister gemacht und von diesem schriftlich die Erlaubnis erteilt ist.

§ 28 ad 2. Vor dem völligen oder theilweisen Abbruch alter Gebäude ist der Bau-Polizei-Commission eine Anzeige zu machen, nach deren Anweisung ein Schutzdach, eine Umzäunung oder ein Gerüst anzubringen ist. Das abgetriebene Material darf nicht nach Außen heruntergeworfen, sondern muß nach vorheriger Anfeuchung in geschlossenen Rinnen nach Innen heruntergebracht oder heruntergetragen werden.

§ 147. Mit Geldbuße bis zu 300 M. und im Unermögensfalle mit verhältnismäßiger Gefängnißstrafe bis zu sechs Wochen wird bestraft: wer eine gewerbliche Anlage, zu der mit Rücksicht auf die Lage oder Beschaffenheit der Betriebsstätte oder des Lokals eine besondere Genehmigung erforderlich ist (§§ 16 und 24), ohne diese Genehmigung erteilt, oder die wesentlichen Bedingungen, unter welchen die Genehmigung erteilt worden, nicht innehält, oder ohne neue Genehmigung eine wesentliche Veränderung der Betriebsstätte oder eine Verlegung des Lokals, oder eine wesentliche Veränderung in dem Betriebe der Anlage vornimmt.

§ 330. Wer bei der Leitung oder Ausführung eines Baues wider die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst dergestalt handelt, daß hieraus für Andere Gefahr entsteht, wird mit Geldstrafe bis zu 900 M. oder mit Gefängniß bis zu Einem Jahre bestraft.

§ 367 ad 13, 14, 15. Mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft wird bestraft: 13) wer trotz der polizeilichen Aufforderung es unterläßt, Gebäude, welche dem Einsturz drohen, auszubessern oder niederzureißen; 14) wer Bauten oder Ausbesserungen von Gebäuden, Brunnen, Brücken, Schloten oder anderen Bauwerken vornimmt, ohne die von der Polizei angeordneten oder sonst erforderlichen Sicherheitsmaßregeln zu treffen; 15) wer als Bauherr, Baumeister oder Bauhandwerker einen Bau oder eine Ausbesserung, wozu die polizeiliche Genehmigung erforderlich ist, ohne diese Genehmigung oder mit eigenmächtiger Abweichung von dem durch die Behörde genehmigten Bauplane ausführt oder ausführen läßt.

§ 368 ad 3 u. 4. Mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft: 3) wer ohne polizeiliche Erlaubnis eine neue Feuerstätte erteilt oder eine bereits vorhandene an einem anderen Ort verlegt; 4) wer es unterläßt, dafür zu sorgen, daß die Feuerstätten in seinem Hause in baulichem und brandhüherem Zustande unterhalten, oder daß die Schornsteine zur rechten Zeit gereinigt werden.

Zare für die jährliche Controle bestehender Dampfessel-Anlagen:

1. Jede Besichtigung bestehender Anlagen 15 M. — 2. Jede Reheprobe bei bestehenden Anlagen und äußere Revision 15 M. — 3. Bei nationaitem Kessel alle 2 Jahre, bei Dampfessels-Locomobil- und Locomotivloketen jährlich. Für Kessel außerhalb des Wohnorts des Baubeamten werden außerdem die entsprechenden Reheproben berechnet. Alle 5 Jahre erfolgt eine innere Revision, deren Kosten für jeden einzelnen Kessel 30 M. betragen. Ist in Folge vorhandener Mängel oder Unthätigkeit eine zweite, resp. dritte Reheprobe nötig, so gilt für jede Wiederholung obiger Ansatz. Die staatliche Controle der Dampfessel-Anlagen führt der Königl. Bauminpector Freund.

Zare für Ein- resp. Nachtagung von Gebäuden zur provincial-städtischen Brand-Versicherungs-Anstalt.

Nachdem die Gebührentaxe für Ein- und Nachtagung der bei der Landesbrandcasse versicherten Gebäude der Stadt Altona und die dabei geltenden Grundfläche einer Revision unterzogen sind, werden dieselben vom 1. April d. J. an in nachstehender Weise festgesetzt. Wenn der ermittelte Versicherungswert beträgt:

Table with 3 columns: Wert (über/bis incl.), Gebühr 5000 M., Gebühr 3 M.

Zugleich wird bestimmt, daß die Gebühr 1. bei Nachtagungen, von dem ermittelten Werth; 2. bei Um- und Anbauten, von dem vollen Werth der um- und angebauten Gebäudetheile und 3. bei Ein- und Umtagungen ganzer Beweke, welche aus mehreren Gebäuden bestehen, von dem in Betracht kommenden Gesamtwert des Beweke, nicht aber von dem Werth der einzelnen zu bemessenden gehörenden Gebäude zu berechnen ist und endlich 4. bei complicirten Bauten eine entsprechende, event. vom Landesdirectrat zu bestimmende Erhöhung der Gebühr eintreten kann. (Kiel, den 27. März 1877. Landesdirectrat der Provinz Schleswig-Holstein. W. Kieffeldt).

Gebühren, welche bei der Communal-Verwaltung in Altona zu erheben sind. (Bestätigt lt. Schreiben der Königl. Regierung d. d. Schleswig, den 2. Juni 1874)

1. Für die Ertheilung von Abschriften à Bogen 30 c. 2. Für Ertheilung eines Reispasses, die in der Bekanntmachung vom 11. Mai 1868, (Verordnungsblatt pag. 731) vorgeschriebener Gebühren von resp. 1. M. 25 c. und 1. M. 50 c. 3. Paßkarte 1. M. 4. Paßschein 3. M. 5. Für die Beaufsichtigung einer öffentlichen Tanzlustbarkeit, wenn die Beaufsichtigung von dem Wirth beantragt ist 1. M. 80 c. bis 3. M. 6. Für die Beaufsichtigung eines öffentlichen Schaufpiels, wenn dieselbe von dem Wirth oder dem Unternehmer beantragt ist 1. M. 20 c. event. 2. M. bei besonders langer Dauer der Vorstellung. 7. Für die Ueberwachung eines Feuertransports 90 c. 8. Für die Abfertigung eines Keschaten an ein im hiesigen Hafen liegendes Schiff 60 c. und 1. M. 20 c. an ein im Hamburger Hafen liegendes Schiff. 9. Für die Anhaltung einer auf der See treibenden Zelle 1. M. 80 c., desgl. eines größeren Fahrganges 3. M. 60 c.; ist die Anhaltung unter besonders beschwerlichen oder gefährlichen Umständen erfolgt, so kann die Anhaltungsgebühr von dem Polizei-Verwalter erhöht werden. 10. Für Haltung einer Wache auf einem Schiffe beim Ausräuchern der Ratten 7. M. 20 c. 11. Für Haltung einer Wache auf einem mit Petroleum beladenen Schiffe, für den Zeitraum von 12 Stunden 7. M. 20 c. 12. Für Ertheilung eines Attestes lösen ein solches im Privatinteresse verlangt wird 90 c.

Von diesen Gebühren sollen der Stadtcasse anheim: die sub. 1, 2, 4, 12 verzeichneten Beträge, den Executivbeamten: die sub. 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, der Staatscasse: die sub. 3, sowie 10 c. von der sub. 4 bezeichneten Gebühr.

Scala für die städtische Einkommensteuer in Altona.

Table with 5 columns: Einkommen (von mehr als), Steuerjahr (pro Monat, pro Jahr), and a final column with values 8, 40, 12, 18, 24, 30, 36, 42, 48, 57, 66, 75, 84, 102, 120, 144, 168, 192, 240, 252, 324, 366, 408, 492, 576, 660, 750, 876, 1008, 1134, 1260, 1470, 1680, 1890, 2100, 2520, 2940, 3360, 3780, 4200, 5040, 5880, 7140, 8400, 10500, 12600, 14700, 16800, 18900, 21000, 25200, 27300.

u. f. w. für jede 60,000 M. Einkommen ein einfacher (Monats-) Steuerjahrs von 175 M. mehr.